

BERLIN IST NICHT BONN IST NICHT WEIMAR

Wolfgang Bergem, Wuppertal

Mit der Pointe, der Zeitzeuge sei „der natürliche Feind des Historikers“, zielte Wolfgang Benz (Berlin) auf die Distanz zwischen denen, die Zeitgeschichte unmittelbar erlebt oder mitgestaltet haben, und denen, die Vergangenheit zur Geschichtsschreibung verdichten. Der Überwindung der in dem Aphorismus ausgemachten Fremdheit diene das Geschichtsforum „Getrennte Vergangenheit - gemeinsame Geschichte?“, das vom 28. bis 30. Mai 1999 aus Anlass des fünfzigsten Jahrestags der doppelten deutschen Staatsgründung und des zehnten Jahrestags der friedlichen Revolution in der DDR Wissenschaftler, beteiligte Akteure, Politiker, Publizisten, Studierende sowie historisch interessierte Bürger im Berliner Abgeordnetenhaus und in der Humboldt-Universität zusammenführte. Die Idee zu dieser grossen öffentlichen Tagung, bei der über 300 Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland in sechs Plenar- sowie 73 Sektionsveranstaltungen vor und mit weitaus mehr als den 1354 angemeldeten Teilnehmern die deutsche Geschichte der zweiten Jahrhunderthälfte bilanzierten und diskutierten, hatte Ulrich Mähler (Berlin) in Zusammenarbeit mit Hermann Weber (Mannheim) entwickelt und mit den Organisatoren (dem Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Münchner Centrum für angewandte Politikforschung sowie dem Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ - in Verbindung mit der Humboldt-Universität zu Berlin - in Szene gesetzt.

Ein ungeschriebenes Leitmotiv der Konferenz war die Frage nach deutscher Identität. Als Ausdruck affektiver Bindungen sowie einer gewissen Konstanz von Institutionen, Symbolen, Rollen und Normen bezieht sich kulturelle Identität immer auch auf die Vergangenheit in Form eines kollektiven Gedächtnisses, das die Erinnerungen einer historisch gewachsenen bzw. zusammengeführten Gemeinschaft aufbewahrt. Geschichte ist somit ein wichtiger Faktor bei der Generierung und Profilierung nationaler Identität, die für die pluralistisch-liberalen Demokratien der Gegenwart auch im Zeichen erodierender nationalstaatlicher Souveränität zur Gewährleistung eines notwendigen Minimums an gesellschaftlicher Integration, Solidarität und politischer Stabilität noch nicht verzichtbar geworden ist. Das Berliner Geschichtsforum versuchte im Frühling des Gedenk- und Jubiläumsjahrs 1999 - während das Fehlen einer „inneren Einheit“ zwischen Ost- und Westdeutschen vielfach beklagt wird, Parlament und Regierung, beide in neuer Zusammensetzung, sowie ein neugewähltes Staatsoberhaupt ihre Plätze in der Hauptstadt einzunehmen beginnen und die Koordinaten der Aussen- und Sicherheitspolitik gerade neu definiert werden -, als Verbindung von Zeithistoriographie, Narration und Erinnerungspolitik verallge-

meinerbaren Sinn für die Identität der vereinigten Republik bereitzustellen. Auch wenn ein Podiumsredner, Klaus-Dietmar Henke (Dresden), hervorhob, für den Historiker gebe es „keine volkspädagogische Rücksichtnahme“, nahm der Kongress mit seinen Angeboten der Geschichtsdeutung insgesamt doch die Funktion einer gesellschaftskonstituierenden Sinnstiftung wahr. Insoweit kam dem Berliner Projekt einer gemeinsamen geschichtlichen Selbstvergewisserung an der Schwelle zum neuen Jahrhundert eher identitätspolitische als fachwissenschaftliche Bedeutung zu.

Der Schirmherr der Veranstaltung, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, legte seinem engagierten Eröffnungsvortrag die These zugrunde, eine Nation müsse auch eine „Erinnerungs- und Erzählgemeinschaft“ sein und forderte einmal mehr, die deutsche Teilung der Erinnerungen an die geteilte Vergangenheit zu überwinden und ein gemeinsames Geschichtsbewusstsein zu entwickeln, indem sich Ost- und Westdeutsche gegenseitig ihre Geschichten erzählen und dabei, was häufig nicht der Fall sei, einander auch zuhören. Thierse beklagte, bei dem aktuellen „Erinnerungstrubel“ zum fünfzigjährigen Bestehen des Grundgesetzes und der Bundesrepublik blieben die Ostdeutschen aussen vor. So wie der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch auch in alltäglicher Form, etwa bei Sportberichten im Fernsehen, präsent gewesen sei, habe die westdeutsche Zeitgeschichtsschreibung die Geschichte der DDR stets gesondert, die Geschichte der Bundesrepublik hingegen im Kontext der deutschen Nationalgeschichte untersucht. Bernd Faulenbach (Bochum) sah ein wichtiges Verdienst des Geschichtsforums in der Revision des bisherigen Trends zur Isolierung der DDR-Forschung und erkannte in dem Kongress einen „Markstein in dem Prozess, die DDR und das SED-Unrecht im Zusammenhang der gesamten deutschen Geschichte zu betrachten“.

Doch welche Geschichte ist über die vierzigjährige Phase der deutschen Zweistaatlichkeit zu schreiben, auf welchen Nenner kann das deutsch-deutsch gedoppelte Spannungsverhältnis zwischen Erinnerung und Geschichte gebracht werden? Kontrovers diskutiert wurden die Konzeptionen einer Parallelgeschichte, die Ähnlichkeiten in einzelnen Entwicklungsetappen der Bundesrepublik und der DDR thematisiert, einer „asymmetrischen Beziehungsgeschichte“, die im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander die Dominanz der Bundesrepublik hervorhebt (Hildegard Maria Nickel, Berlin), einer „Spiegelgeschichte“, die Entwicklungen in einem der beiden Staaten als Reaktion auf entsprechende Prozesse im jeweils anderen versteht (Stefan Woll, Berlin), und einer „Kontrastgeschichte“, die nach Legitimation und Stabilität von Herrschaftssystemen fragt und den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur fokussiert (Klaus-Dietmar Henke). Udo Wengst (München) sah die Gefahr einer „nationalen Verengung des Blickwinkels“, wenn nur die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten betrachtet werden und der europäische Kontext sowie weltpolitische Rahmenbedingungen unterbelichtet

bleiben. Mary Fulbrook (London) warnte davor, Geschichte beliebig umzuschreiben - es gab auch eine Vergangenheit -, warf der Kontrastgeschichte vor, eher ein politisches als ein wissenschaftliches Konzept zu sein, und plädierte für differenziertere Zugänge.

Nur fünf Tage nach der Rede im Reichstagsgebäude, in der Johannes Rau im Anschluss an seine Wahl zum Bundespräsidenten sein Motto „Versöhnen statt spalten“ verdeutlicht hatte, sassen nun im ehemaligen Preussischen Landtag Gerhard Schürer, jahrzehntelang Mitglied des Zentralkomitees der SED und Kandidat des Politbüros sowie Abgeordneter der Volkskammer und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, und Ehrhart Neubert als Exponent der oppositionellen Bürgerrechtsbewegung gemeinsam auf einem Podium. Doch zu dessen dominierender Kontroverse wurde die Debatte zwischen Egon Bahr und Rainer Barzel, ob nun die Deutschlandpolitik der CDU oder die der SPD die Idee der Nation eher bewahrt habe. Verschiedene Antworten gab die Tagung auf die Frage, wer nun den entscheidenden Beitrag zur deutschen Vereinigung geleistet habe: Während Neubert betonte, der vorausgegangene Fall der Mauer sei „allein“ von den Ostdeutschen bewerkstelligt worden, unterstrich Bahr die Bedeutung der von Willy Brandt in der sozialliberalen Koalition verfolgten Ostpolitik sowie des in Helsinki mit der KSZE-Schlussakte eingeleiteten Prozesses, der es den Dissidenten im Ostblock ermöglicht habe, sich auf einklagbare Menschenrechte und Grundfreiheiten zu berufen; die Chancen der Entspannungspolitik hätten zuerst die Bürger in der Tschechoslowakei genutzt, anschliessend die in Polen und nochmals anschliessend die Menschen in der DDR.

Eine andere Priorität setzten die Referenten des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München unter Leitung Werner Weidenfelds, die im spezifischen Regierungsstil Helmut Kohls einen wichtigen Faktor zur Herstellung der deutschen Einheit ausmachten.

Ein Trend zu einem deutsch-deutschen Ausgleich prägte auch das Podium der Schriftsteller, als Rolf Hochhuth und Ulrich Plenzdorf in der Zensur ein gemeinsames Merkmal von DDR und Bundesrepublik erkannten: Die Beurteilungskriterien lagen ähnlich schief, als zum einen Plenzdorf der Zensur in der DDR durchaus gute Seiten abgewinnen konnte durch den Hinweis auf ein von ihm geschriebenes Drehbuch, das durch die von der SED erzwungene Änderung aus heutiger Sicht „besser“ geworden sei, und Hochhuth zum anderen die Selbstzensur der bundesdeutschen Intendanten, die sein Theaterstück „Der Stellvertreter“ nicht aufführten, so ausgeprägt fand, dass der Staat keine Zensur mehr ausüben müsse. So entfachte sich der heftigste (und lauteste) Streit des Kongresses weder zwischen Ost und West noch zwischen Verfolgern und Verfolgten der DDR, sondern zwischen westdeutschen Kombattanten der Studentenrebellion von 1968, als Bernd Rabehl (Berlin) Verrat an den hochgesteckten Zielen von einst vorgeworfen wurde.

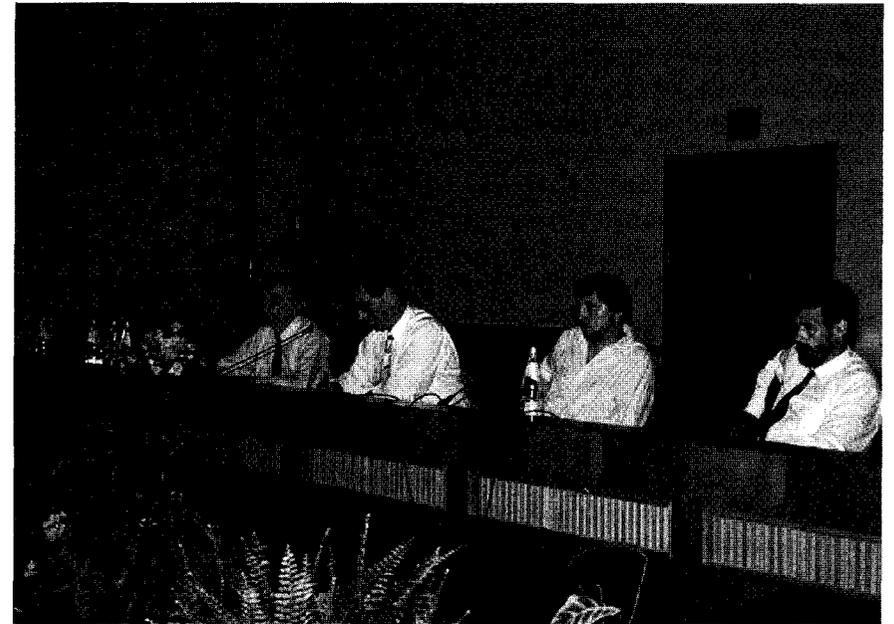


Moderator Manfred Rexin im Gespräch mit Rainer Barzel und Ehrhart Neubert

Doch für viele Ostdeutsche, die unter der SED-Diktatur gelitten haben oder noch an ihr leiden, kam die auf einigen Podien zum Ausdruck kommende Tendenz zu Versöhnung und Einebnung zwischen Tätern und Opfern sowie damit einhergehend zu einer schnellen Historisierung der DDR zu früh. Unter den Kastanien zwischen den hinteren Flügeln des Universitätsgebäudes informierten auf einem „Markt der Möglichkeiten“ unter anderem auch zahlreiche Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen über ihre Tätigkeit. Mitten auf der Wiese mahnte - als symbolhafte Reduktion historischer Komplexität und Kontrapunkt zu den differenzierten Annäherungen in den Seminarräumen - eine schwarze Säule „Nie wieder Kommunismus“ und zeigte Fotografien aus der frühen Sowjetunion, dem Kambodscha Pol Pots sowie der DDR. „Den Opfern“ gewidmet waren Kerze und Blumen.

Der Staat der SED ist für nicht wenige seiner ehemaligen Bürger noch zu lebendig, in seinen Nachwirkungen noch zu sehr spürbar, um ihn in ein quotiert austariertes gemeinsames Geschichtsbild integrieren zu können. Nicht jeder kann wie der Dresdner Dichter Durs Grünbein, der die DDR und die vierzig Jahre des „Versuchs einer Alternative absolut sinnlos“ fand, literarisch in die Vergangenheit flüchten. In der Sektion, die die beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags zu Geschichte und Folgen der SED-Diktatur bilanzierte sowie die aus ihrer Tätigkeit hervorgegangene Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorstellte, begründete der ostdeutsche Bundestagsabgeordnete Stephan Hilsberg seine „persönliche Erfahrung, in der Einheit Deutschlands angekommen“ zu sein, mit dem Privileg,

als an der Kommissionsarbeit Beteiligter „Dinge über die DDR erfahren“ zu haben, von denen er zuvor nichts wusste, obwohl er in diesem Staat gelebt hat.



Manfred Wilke, Bernd Faulenbach, Wolfgang Kusior, Wolfgang Templin und Stephan Hilsberg (von links nach rechts)

Manfred Wilke (Berlin) erkannte den Wert der 34 von den beiden Kommissionen vorgelegten Bänden vor allem darin, dass für die Nachgeborenen die Entwicklungen in der DDR festgehalten werden, dass weiter eine gelungene Abwägung und Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen in diesem Jahrhundert stattfinde, wobei deutlich werde, dass die nationalsozialistische Diktatur von den Deutschen allein zu verantworten sei und die DDR in der Abhängigkeit von der Sowjetunion „Vasallencharakter“ hatte, und dass schliesslich die Einsicht befördert werde, dass die Deutschen sich nicht aussuchen konnten, in welchem deutschen Staat sie lebten. Wolfgang Templin betonte die Bedeutung der unabhängigen Aufarbeitungsinitiativen auch für die Zukunft und warnte davor, dass die Anliegen der Geschädigten der SED-Diktatur als erledigt angesehen werden könnten, nachdem in der Bundesstiftung für sie schliesslich ein Ansprechpartner zur Verfügung stehe. In der Diskussion über „Nachwirkungen von Diktaturerfahrungen in der DDR“ wurde die Wahrnehmung einer nachhaltigen Prägungskraft von Erziehung und Sozialisation im Staat der SED mit der Frage kontrastiert, ob die ostdeutsche „Revolutionserfahrung als

konstruktive Ressource“ (Hans Misselwitz, Potsdam) in die Vereinigung eingebracht werden konnte und kann.

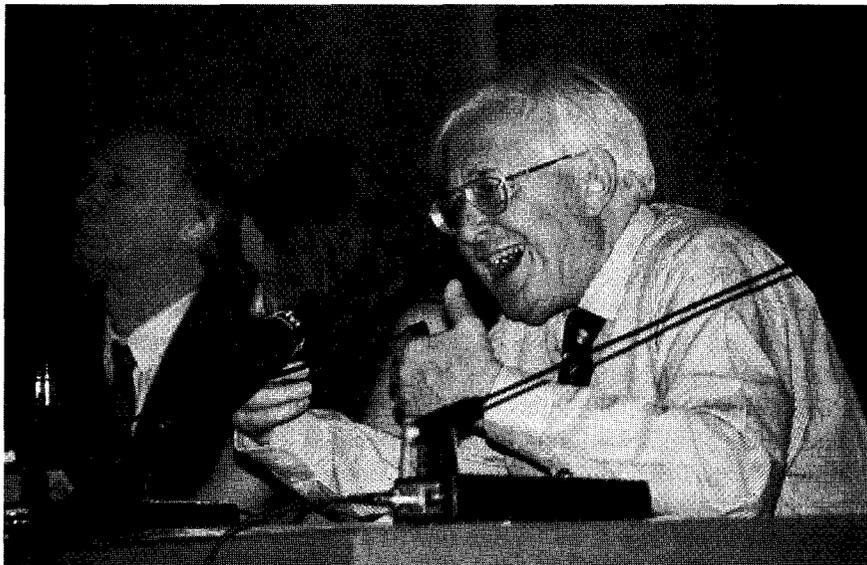
Wolfgang Thierses Appell, die DDR und die Ostdeutschen bei der Arbeit an einem gesamtdeutschen Geschichtsbild nicht zu vernachlässigen, hat im deutschen Vereinigungsdiskurs durchaus seine Berechtigung. Als Auftakt zu der Berliner Geschichtskonferenz war er im Grunde nicht nötig: Während etwa die Hälfte der Sektionen Entwicklungen und Ereignisse in Ost- und Westdeutschland in Beziehung setzte bzw. den Prozess der Vereinigung thematisierte, dominierten unter den Veranstaltungen, die nur einen der beiden getrennten Staaten ins Blickfeld nahmen, die rund dreißig Sektionen zur DDR und zu Ostdeutschland gegenüber nur fünf Sektionen, die sich mit Themen der westdeutschen Bundesrepublik beschäftigten. So wurde die Kultur-, Alltags-, Wirtschafts- oder Sozialgeschichte in der DDR aus vielen Perspektiven beleuchtet, etwa in Veranstaltungen über „Jugendkultur und Rockmusik in der DDR“ oder die „Volksbildung der DDR in der Erinnerung von Zeitzeugen“, hingegen war auf der anderen Seite eine Tendenz zur Reduktion der vierzigjährigen Geschichte der Bonner Republik auf ihre Deutschlandpolitik festzustellen. Zwei Beispiele: 1. Während das wichtige Thema des deutsch-polnischen Verhältnisses vor und nach 1990 in zwei Sektionen bearbeitet wurde, fehlte die gelungene westdeutsch-französische Politik einer nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich fundierten und vielfach institutionalisierten Aussöhnung der mehrfachen Kriegsgegner im Programm. Könnte nicht aus der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen für die heute zu intensivierenden deutsch-polnischen oder auch deutsch-tschechischen Beziehungen gelernt werden? 2. Die bundesdeutsche Politik der Westbindung, die von Anfang an über die aussenpolitische und ökonomische Westintegration hinaus auch auf eine politisch-kulturelle Westorientierung zielte, um die verhängnisvollen deutschen Traditionen der antiwestlichen Zivilisationskritik und des antidemokratischen politischen Denkens zu überwinden, kam im Konferenzprogramm nicht vor. Die in einigen Beiträgen erkennbar gewordenen Vorbehalte unter einem Teil der Ostdeutschen gegenüber einer Öffnung zur politischen Kultur des Westens wiesen auf die Relevanz des Themas hin.

Neben der auf die DDR bezogenen Diktaturforschung, das machte die Tagung deutlich, ist auch die Intensivierung einer auf die Bundesrepublik gerichteten Demokratieforschung notwendig. Unter welchen Voraussetzungen und Begleitumständen konnten sich die Demokratie und eine demokratische politische Kultur im westlichen Nachkriegsdeutschland insgesamt gesehen doch erfolgreich und für viele Beobachter überraschend etablieren? Diese Fragestellung wurde nur in einer Sektion aufgegriffen, in der Arnold Sywotek, Axel Schildt (beide Hamburg) und Claus-Dieter Krohn (Lüneburg) die Biographien von Politikern wie Gustav Heinemann und Reinhold Maier, von Publizisten wie Benno Reifenberg und Walter Dirks sowie von aus dem Exil zurückgekehrten Politikwissenschaftlern wie Ernst Fraenkel skizzierten und den prägenden

Einfluss dieser Akteure auf den öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik untersuchten. Passend zu Thierses Forderung, den „arroganten Blick West auf Ost“, der zur „Verweigerung Ost“ führe, durch einen „selbstkritischen Blick West“ zu ersetzen, der dann eine selbstkritische Perspektive im Osten fördern könne, wies Hermann Weber auch auf die „dunklen Seiten“ der bundesrepublikanischen Geschichte hin, die es stärker zu erforschen gelte, etwa die „Restauration“ in Westdeutschland nach 1945. Rainer Schröder (Berlin) sprach die „groteske“ Konstellation an, dass die Bundesrepublik als Rechtsstaat ihr Rechtssystem mit nationalsozialistisch belastetem Justizpersonal begonnen habe, die DDR hingegen, „sicherlich kein Rechtsstaat“, mit entsprechenden Säuberungen und einem Neuanfang. Manfred Wilke hob hervor, dass der Prozess der Entnazifizierung in Westdeutschland von aussen, von den Alliierten initiiert worden sei, während die politische und juristische Aufarbeitung der SED-Diktatur auf Forderungen und Engagement von Ostdeutschen selbst basiere.

Während der staatlichen Teilung waren die Prägungen der beiden deutschen Gesellschaften durch ihre politischen Systeme zu verschieden, als dass sich eine Übereinstimmung in Mentalitäten, Einstellungen und Wertpräferenzen heute problemlos ergeben könnte. Hartmut Kaelble (Berlin) zeichnete die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen der Bonner Republik und der DDR anhand der Themen Familie, Arbeit, Konsum, soziale Sicherung, Immigration, Zivilgesellschaft, soziale Ungleichheit, Stadtplanung, Religiosität und eines auf eine Hauptstadt hin orientierten Zentralismus nach, stellte für die Gegenwart hingegen eine - auch im Vergleich zur Vorkriegszeit - „doch stark zusammengewachsene Gesellschaft“ in Deutschland fest. Wie weitgehend die politisch-kulturelle Integration der beiden ehemals staatlich getrennten Gesellschaften heute ist und überhaupt sein soll, blieb bei dem Geschichtskolloquium umstritten. Der populäre und von Politikern gern erhobene Imperativ der „Vollendung der inneren Einheit Deutschlands“ gab Stoff für eine Diskussion zwischen zwei Politikern, einem Politikwissenschaftler und einer Psychologin: Während der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel feststellte, eine gewisse Einheit sei notwendig, dürfe jedoch keine Gleichheit sein, und der Berliner Politiker Thomas Krüger argumentierte, der Begriff der inneren Einheit sei kreierte worden, um ihn von der politischen Einheit abzugrenzen und auf mentale sowie kulturelle Defizite der Vereinigung hinzuweisen, war Hans-Joachim Veen (Sankt Augustin / Trier) fast geneigt, den „hochgradig entgrenzten“ und problematischen Begriff der inneren Einheit zum „Unwort des Jahrzehnts“ zu erklären, und warnte vor einem „romantischen Rückfall“. Der vage und diffuse Terminus stehe in prekärer Nähe zu einem „falschen Gemeinschaftsmythos“, wie er etwa in Carl Schmitts antipluralistischer Formel von der „substantiellen Einheit“ der Deutschen zum Ausdruck gekommen sei. Das für eine pluralistische Demokratie notwendige Mass an innerer Einheit sei in Form eines normativen Grundkonsenses im Blick auf die Akzeptanz des politischen Systems und die Legitimität der Verfassungsordnung

im vereinigten Deutschland bereits erreicht - „im Westen etwas mehr, im Osten etwas weniger“. Krüger konstatierte für die neunziger Jahre eine „kulturelle Hegemonie der Einheitskritik“ in Ostdeutschland, die eher den „Schulterschluss“ als Differenzierung und Meinungsstreit anstrebe, und erkannte ein „politisches Problem“ darin, dass Freiheit und Demokratie in den neuen Bundesländern nach wie vor hinter der Kategorie der Gleichheit als Anforderung an den Staat zurückgestellt werden. Annette Simon (Berlin) erklärte die entsprechenden demoskopischen Befunde psychologisch damit, die Ostdeutschen würden jetzt in den Umfragen „zurückschlagen“ nach dem Motto: „Weil ihr uns unsere DDR so madig gemacht habt, machen wir euch eure Bundesrepublik madig.“ Ihre These, die damit einhergehende nachträgliche Verklärung der DDR sei ein „Sieg des Gegenwartsbewusstseins über Erinnerung und Geschichtsbewusstsein“, kontrastierte mit der auf der Tagung dominierenden Annahme einer grundlegend aus Erinnerung und Geschichtsbewusstsein hergeleiteten gegenwärtigen Befindlichkeit.



Heinrich August Winkler, Annette Simon, Bernhard Vogel (von links nach rechts)

Bei dem Berliner Kongress war viel von geteilten Geschichtsbildern die Rede. Werner Weidenfeld stellte auf empirischer Grundlage eine wichtige Differenz zwischen den Geschichtskulturen in den alten und den neuen Bundesländern darin fest, dass das Geschichtsbewusstsein im Westen unabhängig vom Alter ganz entscheidend von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg geprägt sei, im Osten hingegen vor allem vom proklamierten „Antifaschismus“. Joachim Gauck sah den Wandel des Geschichtsbewusstseins und -bildes sich wesentlich

langsamer vollziehen als den Wandel des geschichtlichen Wissens. Dass sich der deutsche Vergangenheitsdiskurs durch Migration derzeit in einen Gegenwartsdiskurs verwandle, bewertete Dan Diner (Leipzig / Tel Aviv) positiv.

Die Tagung war ein Geschichts- und kein Politikforum. Daher ist es verständlich, dass bei der Thematisierung Ostdeutschlands der Blick zurück auf die Vergangenheit der DDR gegenüber dem Blick auf die Gegenwart und Zukunft der neuen Bundesländer ganz deutlich überwog. Dennoch kann gefragt werden, warum die Transformationsforschung, die etwa im Rahmen der KSPW zu vielfältigen Erkenntnissen über den Umbruch in Ostdeutschland geführt hat, die auch von der Zeitgeschichtsschreibung mit Gewinn rezipiert werden können, bei der Konferenz unterrepräsentiert war (Aspekte der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation Ostdeutschlands wurden in lediglich einer Veranstaltung von britischen Mitgliedern der Social Transformation Study Group der Keele University thematisiert).

An die Adresse all derer gerichtet, die in der zweiten deutschen Vereinigung von 1990 lediglich eine territoriale Erweiterung oder Arrondierung der ansonsten unverändert weiter bestehenden alten Bundesrepublik sehen wollen, legte Wolfgang Thierse zu Beginn der dreitägigen Veranstaltung dar, wieso die Vereinigung Deutschlands zwar keinen völligen Bruch, aber doch einen Neuanfang darstellt. Der zweite Repräsentant des Staates hob neben biographischen und mentalen Prägungen, die die Ostdeutschen in die Vereinigung mitgebracht haben, der Vitalisierung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Herbst 1989 und der neuen Rolle Deutschlands in der internationalen Politik auch hervor, dass mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag der Provisoriumscharakter der alten Bundesrepublik beendet worden ist und Deutschland mit Zustimmung aller Nachbarn seine endgültigen staatlichen Grenzen gefunden hat, und begründete damit implizit die Berechtigung des Begriffs der Berliner Republik.

Die Vorträge und Diskussionen des Geschichtsforums*, dessen Organisation sowie Koordinierung Respekt und Anerkennung verdienen, haben die Argumentation Thierses vielfach belegt und deutlich gemacht, dass die Bundesrepublik durch die Vereinigung von 1990 in der Tat wesentlich mehr als bloss ihr Staatsgebiet verändert hat. Wenn man sich darauf einlässt, mit Fritz Renè Allemann den Ort eines Regierungssitzes bzw. einer verfassungsgebenden Nationalversammlung als symbolischen Code zu verstehen, kann man dessen berühmtes Diktum von 1956 aktuell wenden: So wie Bonn nicht Weimar war, ist Berlin nicht Bonn.

* Über die Sektions- und Plenarveranstaltungen hinaus bot das Programm der Tagung auch Führungen durch die Ausstellung „Einigkeit und Recht und Freiheit - Wege der Deutschen 1949-1999“ im Martin-Gropius-Bau sowie eine Voraufführung des ARD-Dokumentarfilms „Als die Mauer fiel - 50 Stunden, die die Welt veränderten“ von Gunther Scholz und Hans-Hermann Hertle an, der aufgrund intensiver Recherchen und des zum Teil exklusiven Dokumentarmaterials die Zuschauer beeindruckte.